Der Vorsitzende übergab das Wort an den Geschäftsführer des Jobcenters Rhein-Sieg, Herrn Holtkötter.

Herr Holtkötter ergänzte die der Einladung beigefügte Vorlage und wies darauf hin, dass das Jobcenter Rhein-Sieg insgesamt 420 genehmigte Stellen habe, die aktuell aber nicht ausgeschöpft werden. Aktuell seien 40 Stellen nicht besetzt, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass in den letzten fünf Monaten zunehmend Personal von den Kommunen zurückgefordert wurde, um die Mehrarbeit im Bereich der Betreuung der Flüchtlinge sicherzustellen. Hier handele es sich um 20 Personen. Es sei nicht auszuschließen, dass noch weitere dazukommen. Darüber hinaus sei durch die Flüchtlingssituation bis zum Jahresende mit bis zu 3.500 zusätzlichen Leistungsempfängern zu rechnen. Für diese Betreuung sei ein stabiler Personalkörper mit erfahrenen und eingearbeiteten Kräften zwingend erforderlich. Derzeit liege der Befristungsanteil aber bei 20%, wobei die meisten einen Vertrag über zwei Jahre nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz erhalten. Die Einarbeitung dauert aber schon mindestens ein Jahr, was unter Umständen bedeutet, Kräfte, die gerade eingearbeitet sind, wieder gehen zu lassen. Insgesamt ginge es bei der Vorlage nicht um eine Aufstockung des Personals, sondern darum, die Ressourcen, die dem Jobcenter eigentlich zugeschrieben sind, auch auszunutzen und Stabilität zu bekommen.

Abg. Krupp erkundigte sich, warum so viele Befristungen vorgenommen werden, wenn dies so problematisch ist und wie sich die Personalgewinnung darstellt.

Herr Holtkötter erläuterte, dass das Jobcenter keine eigene Dienstherrnenfähigkeit besitzt und auf die Personalzuweisungen der Bundesagentur für Arbeit und des Kreises bzw. der Kommunen angewiesen sei. Die Agentur halte einen Befristungsanteil von 10% für notwendig, um Schwankungen ausgleichen zu können. Aus Sicht des Jobcenters seien die Befristungen nicht notwendig, da auch das Personal des Jobcenters der Alterspyramide unterliege. Die Rekrutierung des Personals war im Leistungsbereich in der Vergangenheit vergleichsweise einfach, da auf die Abgänge der juristischen Fakultät in Bonn zugegriffen werden konnte. Es werde aber zunehmend schwieriger bzw. es ist ein höherer Aufwand zu betreiben. Ausgebildete Kräfte seien schwierig zu finden, so dass die praktische Ausbildung während der Einarbeitungszeit stattfinden muss.

Abg. Becker teilte mit, dass dem Vorschlag grundsätzlich die Zustimmung erteilt werde, wenn es darum gehe, die 420 Stellen auszufüllen und der Anteil des Kreises von 41 auf 64 Stellen erweitert werde, quasi als Ersatz für die Städte und Gemeinden. Zudem sollte in diesem Jahr zunächst befristet eingestellt werden, unbefristet wenn der Haushalt verabschiedet wurde.

Der Vorsitzende verlas die Beschlussvorlage.